

Der sächsische Erzähler,

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.



Tageblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke Pulsnitz, Neustadt, Schirgiswalde etc.

Sechshundsechzigster Jahrgang.
Telegr.-Adr.: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.

Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg., bei Zustellung ins Haus 1 Mk. 70 Pfg., bei allen Postanstalten 1 Mk. 80 Pfg. einzelne Belegstücke Einzelne Nummern kosten 10 Pfg.

Befellungen werden angenommen: Für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsstellen, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 6 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 4 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum kostet für Inserate aus unserm Verbreitungsgebiete (Amtshauptmannschaften Bautzen und Kamenz, sowie den Amtsgerichtsbezirken Stolpen und Neustadt) 12 Pfg., für Inserate von außerhalb 15 Pfg. Die Reklamezeile 30 Pfg. Geringster Inseratenbetrag 40 Pfg.

Das Neueste vom Tage.

Bei den Londoner Docks kam es am Dienstag nachmittag wiederholt zu Ruhestörungen. Auf den Märkten haben fast sämtliche Zuträger die Arbeit eingestellt.

Die Lage in Jex wird als überaus ernst bezeichnet. Nach Nachrichten, welche in Madrid eingetroffen sind, soll die Stadt in die Hände der aufrührerischen Stämme gefallen sein. (Siehe letzte Depeschen.)

Im amerikanischen Senat erkrankte Senator Smith Bericht über das Ergebnis der „Titanic“-Untersuchung und äußerte dabei das englische Vorgehen, dessen Rücksicht das Unglück zuzuschreiben sei. (Siehe Bericht.)

Das Hochwasser in Ungarn hat beträchtlichen Schaden angerichtet. In Lugos sind 289 Häuser eingestürzt.

Die internationale Lage.

Von staatsmännischer Seite wird dem B. L. A. geschrieben:

Wenn man die Zeichen am politischen Himmel recht zu deuten versteht, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß sich in der europäischen Politik Verschiebungen, vielleicht sogar bedeutende Verschiebungen vorbereiten. Das russisch-italienische Testamente, die mühsam verhüllten französischen Unstimmigkeiten, die erneute Reise Lord Salbanes nach Deutschland, von welcher wir wohl noch nicht das letzte Wort gehört haben, vor allem aber die Abberufung Marschalls von Konstantinopel angesichts einer so wichtigen Phase des internationalen Schachspiels — das alles weist darauf hin und erklärt, weshalb am Bosphorus augenblicklich ziemlich beträchtliches Unbehagen herrscht. Sollte es wieder einmal die Türkei sein, auf deren Kosten die europäischen Mächte ihre Karten mischen?

In Ägypten dauert der arabische Widerstand ungeschwächt weiter, im Scherifen-Reiche bereiten sich blutige Kämpfe vor, auf Malta konferiert Lord Ritchener mit Mitgliedern des britischen Kabinetts wegen militärischer Verstärkung für den Sudan und Privatmeldungen aus Indien sprechen von der Vorbereitung mohammedanischer Botschaften an Georg V. von England, als Kaiser von Indien zum Schutze des Kalifen-Reiches einzutreten.

Was unsere eigenen Angelegenheiten anbetrifft, so muß vor allem auf die große politische Verunsicherung hingewiesen werden, welche in dem stolzen Gefühl unserer gewaltigen Kraft im ganzen deutschen Volke eingetreten ist, seitdem durch eine erhebende Betätigung wahren Patriotismus unser Reichstag dem Vaterlande so überlegene Waffen geschenkt hat, daß die deutsche Ehre und Größe gegen jeden Angriff geschützt erscheinen muß. Aber auch sonst macht sich in bezug auf auswärtige Angelegenheiten ein bedeutender und durchaus heilsamer Umschwung in den Anschauungen und Stimmungen des deutschen Volkes be-

merkbar. Man versehe sich nur im Geiste um wenige Monate zurück. Es häuften sich damals die Kundgebungen, nach denen das Deutsche Reich sich gedemütigt habe, weil seine Regierung alle marokkanischen Gebietswerbungen von der Hand gewiesen hatte, und es waren nicht jugendliche Heißsporne allein, sondern ernste und gewiegte Männer, die in düsteren Tönen von der blutigen Auseinandersetzung mit England als von einer unumgänglichen Notwendigkeit sprachen. Gibt es heute im Lichte der sich zurzeit vollziehenden Ereignisse noch viele Deutsche die im Ernste wünschen können, daß Deutschland wegen Erwerbung marokkanischer Gebietsteile sich der Gefahr eines Weltkrieges ausgesetzt hätte?

Auch jenseits des Kanals ist der Umschwung in der öffentlichen Meinung beträchtlich. Der gelehrten Baniken vor deutscher Invasion schämt sich schon lange jeder vernünftige Engländer, und man muß sich heute fragen, wie sie überhaupt jemals möglich waren. Auch hat man sich drüben daran gewöhnt, daß Deutschland, unbeeinflusst durch Drohungen und Repressalien, den Ausbau seiner Flotte so fortsetzt, wie er zum Schutze unserer Interessen geboten erscheint und ohne daß diesseits des Meeres jemals an einen Angriffskrieg gedacht worden wäre. Seit langen Jahren hat sich die Stimmung beider Völker, sowie die allgemeine Lage nicht so sehr zu einer Annäherung und Verständigung geeignet. Wir wollen daher hoffen und wünschen, daß das, was Salbane begonnen, von Marschall erfolgreich zu Ende geführt werden möge. Nicht, als ob die Bahn schon glatt und die Arbeit leicht oder gesichert wäre! Nicolson sitzt in London noch im auswärtigen Amt und Cartwright in Wien! Aber Marschall ist mit der britischen Flotte vertraut, und das ist bei der Eigenart des britischen Volkes ein wichtiger Faktor."

Offiziöser Rückblick.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

In einer kurzen, angestregten und ungewöhnlich bewegten Tagung hat der Reichstag Leistungen vollbracht, die sich mit den fruchtbarsten Sessionen messen können. Und doch hat man dem Wirken dieses Reichstags mit schwerer Sorge entgegengesehen. Nach einer Zeit tiefer Verstimmung zu den Wahlen berufen, hatte das deutsche Volk seiner parlamentarischen Vertretung eine Zusammenfassung gegeben, die sichtbare Zeichen der schweren Parteizerrwürfnisse an sich trägt. Die Verleugnung des Gemeinheitsgefühls unter den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen und der daraus resultierende Kraftverlust ließen für die gefährliche Bestrebungen Raum, die das liberale Bürgertum auf „Gedeih“ und „Verderb“ an die Seite der Sozialdemokratie bringen wollte. Die Sozialdemokratie selbst kam diesen Bestrebungen zunächst durch ein maßvolleres Verhalten äußerlich entgegen. So konnte es geschehen, daß die liberalen Parteien einem sozialdemokratischen Abgeordneten im Präsidium einräumten. Es war, als ob der ganze Jammer der Parteiwirren

noch einmal drastischen Ausdruck suche, ehe der Reichstag zur Arbeit kommen sollte.

Aber gerade an diesen Vorgang und seine Folgen knüpfte sich der Stimmungsumschwung, der dann zu einer überraschenden Regelung der großen Aufgaben dieser Tagung beigetragen hat.

Der Widerpruch der Sozialdemokratie und der rechtsfeindlichen Splitterparteien ist angesichts der großartigen Kundgebung des Reichstags nach innen wie nach außen ohne Eindruck geblieben. Regierung und Reichstag dürfen mit Befriedigung auf das vollbrachte Werk blicken, und wohlverdient waren die Worte des Dankes, die der Reichskanzler bei der Vertagung im Namen des gesamten Vaterlandes, des Kaisers und der verbündeten Regierungen im Reichstage aussprach.

Konnte schon seit geraumer Zeit darauf gerechnet werden, daß die bürgerlichen Parteien den Wehrvorlagen ihre Zustimmung geben würden, so schien bis in die letzten Tage die Beschaffung der Deckung gefährdet. Bei der Befestigung der sogenannten Liebesgabe kam es darauf an, die Einnahmen aus der Branntweinsteuer zu vermehren, ohne aber dem produzierenden Gewerbe die Grundlagen gesunder Entwicklung zu entziehen. Dem Zweck dient es, wenn die Hälfte der Mehrerträge für Unterstützung des gewerblichen Spiritus verwendet wird. Die verbündeten Regierungen konnten sich daher mit diesem Entschluß einverstanden erklären, nachdem für eine andere Deckung Sorge getragen war. Die verbündeten Regierungen haben auch dazu ihre Zustimmung erklärt, daß diese Deckung in einer allgemeinen Besitzsteuer bestehen soll. Der Reichsfinanzverwaltung wird nunmehr die Ausarbeitung einer allen Arten des Besitzes gerechtwerdenden Besitzsteuervorlage obliegen. Ob es gelingen wird, eine Besitzsteuer zu finden, die auch alle Arten der Parteianschauungen und Lehrmeinungen gerecht wird, ist allerdings eine andere Frage. Bedeutsam ist vor allem, daß die gesetzgebenden Körperschaften unbeirrt durch Versuche irgendwelcher Art an dem Grundsatz: „Keine Ausgabe ohne Deckung!“ festgehalten haben. Sofern bei der Wirtschaftsführung des Reiches an der erprobten Sparsamkeit festgehalten wird, ist ein Rückfall der gesunden Finanzen in die frühere Schuldenanhäufung nicht zu befürchten. Die Sozialdemokratie, die am Anfang mit gedämpften Tönen operierte, hat sich im Laufe der Session voll zu ihrer alten Manier zurückgefunden. Während ihre Vertreter im preußischen Abgeordnetenhaus andauernd durch Verleugnung der Grundlage jeder parlamentarischen Verhandlung die widerwärtigsten Szenen provozierten, holten sie im Reichstag noch in den letzten Tagen zu Angriffen gegen die Monarchie und den preußischen Staat aus, die an verbissenem und blinden Haß ihresgleichen sucht. Der Reichskanzler protestierte durch Tat und Wort gegen diese maßlosen Ausschreitungen, die jedenfalls aufs neue gezeigt haben, wie vorsichtig man mit der Hoffnung auf eine in ruhigere Bahnen lenkende Entwicklung der Sozialdemokratie sein muß. Auch jetzt hat sich bei ihr der revolutionäre Trieb wieder stärker erwiesen als die taktische Rücksicht. Gerade Scheibemann war angesichts dieser Vorgänge am wenigsten geeignet, den Nachweis zu wagen, daß seine Partei